

Frank Groß in 63776 Mömbris (BV.0460.18)

- Einwände gegen den geplanten Neubau der Staatsstraße 2305 zwischen Niedersteinbach und Michelbach

- 2.823 Unterschriften -

47-0017-1-6-5 -Bau-

Vorsitz: Sebastian Körber (FDP)

Berichterstattung: Thorsten Schwab (CSU)

Mitberichterstattung: Inge Aures (SPD)

Abg. Thorsten Schwab (CSU) legt dar, eine mit über 10.000 Fahrzeugen/Tag belastete Staatsstraße im Landkreis Aschaffenburg solle ausgebaut werden; normal sei eine Belastung von 4.000 Fahrzeugen/Tag im Schnitt. Neben der A 45 und der B 8 sei diese Straße eine der wichtigsten Verkehrsachsen im nördlichen Landkreis Aschaffenburg. – In der Petition werde mangelnde Transparenz beklagt; aber in Mömbris, in Alzenau habe es Gemeinderatsbeschlüsse, Runde Tische, Bürgerversammlungen gegeben. Ferner werde eine fehlende Berücksichtigung des Naturschutzes beklagt. Allerdings gebe es im Planfeststellungsverfahren ein naturschutzrechtliches Gutachten, und die höhere Naturschutzbehörde sei eingebunden. Landwirtschaftliche Flächen seien in der Petition ebenfalls angesprochen werden, aber die Straße werde weitestgehend im Bestand ausgebaut. – Radwege würden berücksichtigt. – Im Verfahren würden die Bürger beteiligt; jeder habe die Möglichkeit sich einzubringen. Ein Planfeststellungsverfahren sei ein Riesen-Verwaltungsakt. – Er, Schwab, votiere für eine Verbescheidung gemäß § 80.4 BayLTGeschO.

Abg. Inge Aures (SPD) bestätigt die Sachverhaltsdarstellung und schlägt angesichts der großen Beteiligung der Bevölkerung an der Petition vor, einen Ortstermin durchzuführen. Der Eindruck, der Landtag wische die Petition einfach so weg, sollte nicht entstehen.

Abg. Thorsten Schwab (CSU) schlägt vor, zunächst eine Videokonferenz mit allen Beteiligten abzuhalten und sich das Projekt vom Bauamt vorstellen zu lassen. Aber mit dem Vorschlag von Frau Aures könne er, Schwab, auch leben.

Abg. Manfred Eibl (FREIE WÄHLER) äußert die Auffassung, Recht müsse Recht bleiben, unabhängig von der Anzahl an Petenten. Mit der Vorstellung, sich von der Vielzahl an Petenten, die online unterschrieben hätten, leiten zu lassen, habe er, Eibl, Probleme.

Abg. Inge Aures (SPD) teilt die Auffassung, jeder Petent habe die gleichen Rechte wie alle anderen. Darum gehe es hier nicht. Hier sei eben eine Menge Menschen betroffen, und darüber sollte sich der Landtag nicht hinwegsetzen.

Beschluss:

Ein Ortstermin wird durchgeführt.

(einstimmig)